



Stellungnahme des RCDS Potsdam und der LHG Potsdam zur StuPa-Sitzung am 11. März 2025

Die Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) am 11. März 2025 hat gezeigt, wie grundlegende demokratische Prinzipien an unserer Universität missachtet wurden. Als RCDS und LHG verurteilen wir entschieden die Behandlung unserer Mitglieder im Studentischen Parlament, die mangelnde Transparenz seitens des Präsidiums sowie die Weigerung des Präsidiums, auf Anfragen unserer Fraktion einzugehen.

Aus unserer Sicht sind folgende Situationen durch das Präsidium des Studierendenparlaments nicht ernsthaft genug und nach der Geschäftsordnung korrekt behandelt worden:

1. Das Präsidium erfüllt nicht seine Aufgaben!

Während der ganzen Sitzung am 11.03.2025 kam es immer wieder zu Unruhen. StuPa-Abgeordnete wurden sowohl aus dem Publikum und von Bewerbern für die AStA-Ämter vermehrt beleidigt. Hieran ist besonders ein Versagen des Präsidiums des StuPa zu sehen. Das wiederholte Unterlassen des Präsidiums in ihrer Pflicht, Sach- und Ordnungsrufe zu erteilen und bestimmte Personen aus dem Publikum des Saales zu verweisen, lässt nur den Schluss zu, dass das Präsidium inkompetent agiert und mit der Aufgabe ein Parlament zu führen überfordert ist. Das Fehlverhalten des Präsidiums führt unmittelbar zu einer Abnahme in der Debattenkultur und dem Anstand, der im StuPa herrschen sollte. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern schlichtweg eine Peinlichkeit.

2. Das Präsidium möchte Fragen zu Antisemitismus nicht zulassen!

Besonders besorgniserregend ist der Umgang des Präsidiums mit unseren Bedenken hinsichtlich antisemitischer Positionen. Bei der Bewerbung für das Antidiskriminierungsreferat gab es eine Kandidatin, deren Zugehörigkeit zu einer pro-palästinensischen und Israelfeindlichen Gruppe für Aufsehen sorgte. Dazu wollte der RCDS Fragen an die Kandidatin stellen, da es aus unserer Sicht nicht hinnehmbar ist, eine vermeintlich antisemitische Person in unseren AStA zu wählen. Daraufhin wurde dem RCDS durch das Präsidium auf unmissverständliche Art und Weise nahegelegt, von unseren Nachfragen abzusehen, da sowohl die Zeit fortgeschritten sei, als auch der Standpunkt unserer Fraktion für die Gesamtbetrachtung im StuPa irrelevant ist. Antisemitismus darf an keiner deutschen Universität geduldet werden. Dass studentische Gremien nicht bereit sind, sich dieser Debatte zu stellen, ist alarmierend und zeigt, dass wir keinen Rechtsruck erleben, sondern an den Universitäten einen linken, anti-imperialistischen und antisemitischen Ruck erleiden müssen.

3. Das Präsidium nutzt die Geschäftsordnung des Studierendenparlaments rechtsbeugend aus!

Als Drittes müssen wir hier dann noch das Verhalten des Präsidiums zum 1. Wahlgang für das Antidiskriminierungsreferat im AStA rügen. Es ist hier, wie sicherlich von allen Fraktionen bestätigt, so gewesen, dass das Präsidium damit begonnen hatte, Stimmzettel auszuteilen. Damit wurde der 1. Wahlgang eröffnet. Das bedeutet, dass alles nachfolgende während des 1. Wahlganges passiert ist.

Zur Einordnung muss gesagt werden, dass grundsätzlich nach der Geschäftsordnung des StuPa ein Wahlgang unter strengen Verfahrensregeln (§ 3 StuPa-GO) zu erfolgen hat, um sicherzustellen, dass dieser zügig und ohne Störungen abgewickelt werden kann. Daher ist es nach unserer Ansicht nicht vorgesehen, Fraktions- und oder Beratungspausen unmittelbar während eines Wahlganges zuzulassen. Diese können unmittelbar vor oder nach dem Wahlgang nachgeholt werden. Der Wahlgang hat jedoch ohne weitere Störung stattzufinden.

Vorliegend wurden auf der Sitzung am 11.03. Stimmzettel für den 1. Wahlgang zur Wahl eines AStA-Referenten für Antidiskriminierung schon verteilt, bevor die Fraktionen von FSRgo, Juso und GHG Fraktions-/Beratungspausen beantragt hatten. Das Präsidium hätte in dieser Situation den Wahlgang vollziehen müssen und dann vor den Eintritt in einen 2. Wahlgang einer Fraktions-/Beratungspause zustimmen können. Dem ist das Präsidium auf seiner letzten Sitzung aber nicht nachgekommen. Im Gegenteil ließ das Präsidium die beantragte Pause ohne weiteres zu und machte gar keine Gegenrede zu den Anträgen geltend. Diese Pausen wurden dann zu einem Zeitraum von 20 Minuten ausgedehnt, in denen die RCDS Fraktion immer wieder den Sinn und Zweck und die Rechtmäßigkeit dieser Pausen beim Präsidium angefragt hatten. Die Antworten des Präsidiums waren von „Nein“ bis zu „Nein, ihr dürft noch nicht abstimmen“ im Gesamtkontext sehr widersprüchlich, denn ansonsten hätten sie ja keine Stimmzettel auszuteilen gebraucht, wenn eine Abstimmung und somit der 1. Wahlgang nicht vorgesehen gewesen wäre. Somit ist nicht nur die Unkenntnis des Präsidiums über die Geschäftsordnung und die parlamentarischen Gepflogenheiten gegeben, sondern unseres Erachtens auch ein Verstoß gegen eben diese Geschäftsordnung durch das Präsidium. Aufgrund des Mangels an Ernstlichkeit, den die anderen Fraktionen an den Tag gelegt hatten, und der rechtlichen Ungewissheit, welcher das Präsidium nicht ansatzweise Abhilfe schaffen konnte, haben wir als RCDS und LHG beschlossen, die Sitzung zu verlassen, um den Schaden, den die anderen Fraktionen unserer Demokratie zufügen wollten, nicht beiwohnen zu müssen.

Unsere Position und Forderungen

Der RCDS und die LHG stehen für ein StuPa, welches auf demokratischen Werten, Meinungsfreiheit und einem respektvollen Austausch basiert.

Daher fordern wir das Präsidium des StuPa auf:

1. Eine offizielle Erklärung des StuPa-Präsidiums zu den Vorfällen am 11. März 2025 insbesondere zu der nicht ausreichend fundierten Antwort auf die Frage der Zulässigkeit von Fraktions- und Beratungspausen während eines Wahlganges zu erlassen.
2. Eine klare Stellungnahme der Referentinnen und der Referenten des AStA gegen Antisemitismus und eine Überprüfung der Positionen der zukünftigen Bewerbenden, um

sicherzustellen, dass antisemitische oder demokratiefeindliche Ansichten nicht in offizielle Gremien einziehen.

3. Die beschlossenen Transparenzmaßnahmen der vergangenen Legislaturen konsequent umzusetzen und Anträge, Einladungen, Protokolle und Tagesordnungen nicht erst 30 min vor Sitzungsbeginn den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen.

Aufruf an die Studierendenschaft

Wir rufen alle Studierenden auf, sich gegen diese undemokratischen Entwicklungen zu stellen. Eine freie Universität lebt vom offenen Austausch und der fairen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen. Wir laden alle ein, sich mit uns für eine transparente, demokratische und diskriminierungsfreie Hochschule einzusetzen. Unsere Demokratie ist es wert, verteidigt zu werden – auch an der Universität.

Der Vorstand des RCDS Potsdam

Der Vorstand der LHG Potsdam

Potsdam, 21.03.2025